

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Einleitung	1
Erster Teil. Die Europäisierung der Methoden	3
§1 Der Untersuchungsgegenstand – die europäisch induzierte Fortbildung des mitgliedstaatlichen Rechts	3
A. Die Ausweitung von Einwirkungen in die nationale Rechtsordnung.....	3
B. Die Grundfragen der Fortbildung nationalen Rechts im europäischen Bezugsrahmen.....	6
I. Die Europäisierung der Methoden als Vorfrage	7
II. Der europäische Bezugsrahmen als Operabilitätsumfeld der Rechtsgewinnung	8
III. Die verfassungsrechtlichen Determinanten	8
IV. Die fortbestehende Funktionsadäquanz des Lückenbegriffs.....	9
V. Die judikative Rechtsgewinnung unter Berücksichtigung gemeinschaftsrechtlicher Einwirkungen	10
VI. Die Grenzen der Rechtsfortbildung.....	10
C. Die Verortung und Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes.....	11
I. Die Erweiterung der nationalen Methodendiskussion um die Europäisierung der Methoden	11
II. Grund und Grenzen legitimer Rechtsfortbildung	12
III. Die Europäisierung des Privatrechts	14
IV. Die Wahrung der Wertungspluralität	15
§2 Die Kritik der nationalen Methoden.....	16
A. Die Europäisierung des Privatrechts und ihre methodische Begleitung	16
B. Die Konzeptionen zur Europäisierung der Methoden	17
I. Die Ergänzung des nationalen Methodenkanons durch transnationale Elemente	17
1. Das gemeineuropäische Vorverständnis.....	17
2. Allgemeine Rechtsgrundsätze als vermittelndes Element nationaler Methoden	20
a) Die Funktion allgemeiner Rechtsgrundsätze	20
b) Die Kritik des Rückgriffs auf gemeineuropäische Prinzipien	22
aa) Die inhaltliche Heterogenität der verschiedenen Abstraktionsstufen	23
bb) Die funktionalen Grenzen allgemeiner Rechtsgrundsätze	24
cc) Der Geltungsgrund allgemeiner Rechtsprinzipien	26
3. Der Rückgriff auf das römisch-kanonische ius commune	27



a) Die Materialisierung des Privatrechts als Grenze der historischen Rückbeziehung	29
b) Die Abstraktionshöhe und mangelnde Rückbindung an die nationale Verfassungsordnung	31
4. Sonstige Erweiterungen der nationalen Methoden	34
II. Die Substitution nationaler Methoden durch transnationale Methoden	35
1. Die Extension europäischer/europarechtlicher Methoden	35
2. Die Substitution durch Methoden des Europäischen Privatrechts	36
a) Das nationale Recht als Teil des Europäischen Privatrechts	36
b) Die funktionalen Grenzen komparativer Systeme	38
III. Die Konvergenz nationaler Methoden	40
C. Zwischenergebnis	41
§ 3 Die Grundlagen der Europäisierung der Methoden	44
A. Rationalitätskriterien für die nationale Rechtsgewinnung im europäischen Rechtsrahmen	44
I. Die gesteigerte Notwendigkeit von Rationalitätskriterien für die Rechtsgewinnung	44
II. Die Präzisierung des Methodenbegriffs	44
III. Die Einwände gegen eine primäre Methodenanalyse	45
1. Die Ablehnung einer Selbstreflexion der Wissenschaft	46
2. Die Ablehnung als eigenständiger Untersuchungsgegenstand	46
3. Die Sinnentleerung durch Abstraktion	48
B. Die Funktionen der Methoden: Funktionale Grundlagen methodischer Instrumente	48
I. Die Objektivierung der Rechtsgewinnung	49
1. Intersubjektive Nachvollziehbarkeit der Rechtsgewinnung	49
2. Rationalisierung der Rechtsgewinnung als Ergebnis des Begründungsgebotes	50
II. Die Systematisierung des Rechtsstoffs	51
III. Die Erkenntnisfunktion	52
IV. Die Stabilisierungsfunktion	53
1. Das argumentative Gewicht einer Herleitung <i>lege artis</i>	53
2. Die Grundvoraussetzungen der Stabilisierungsfunktion	54
V. Die Kontrollfunktion	54
1. Die Verfahrenskontrolle bei der Gewinnung dogmatischer Rechtsätze	54
2. Die Formulierung des Maßstabs der Konsistenzkontrolle	55
VI. Die Koordinierung und Harmonisierung als neue Funktionen	56
1. Die Harmonisierung der europäischen Einwirkungen mit dem nationalen Recht	56
2. Die Harmonisierung der Regelungskonzeptionen der Normgeber ..	57
C. Die Bindung der Methoden an eine konkrete Rechtsordnung	58
I. Rechtsordnungsübergreifende Elemente des Methodenkanons	59
II. Die Konkretisierungsbedingungen der spezifischen Rechtsordnung ..	59
D. Zwischenergebnis	62

Zweiter Teil. Normative und strukturelle Determinanten der Rechtsfortbildung in der integrierten Staatlichkeit	65
§4 Der europäische Bezugsrahmen	65
A. Der europäische Bezugsrahmen als Begriffs- und Wertungskürzel	65
B. Die normativen Einwirkungen in die nationale Rechtsordnung	66
I. Völkerrechtliche Abkommen der Mitgliedstaaten	66
II. Das europäische Primärrecht	68
1. Die Regelwirkungen des Primärrechts	68
a) Die Verpflichtung des Mitgliedstaates	68
aa) Die Bindung des Mitgliedstaats an die Gemeinschaftsgrundrechte	68
bb) Art. 10 EG und seine Konkretisierungen	70
b) Die unmittelbare Anwendbarkeit von Primärrecht zwischen Privatrechtssubjekten	72
2. Die Grundfreiheiten als Sonderfall	73
a) Die unmittelbare Anwendbarkeit zwischen Privatrechtssubjekten und Mitgliedstaat	73
b) Die mittelbare Drittwirkung zwischen Privatrechtssubjekten	75
III. Das europäische Sekundärrecht	76
1. Die unmittelbare Geltung von Verordnungen (Art. 249 II EG)	76
2. Die Ergebnisverbindlichkeit von Richtlinien (Art. 249 III EG)	77
a) Die extensive Bestimmung des Adressatenkreises (öffentliche Unternehmen)	77
b) Die Ablehnung einer unmittelbaren negativen Wirkung der Richtlinie	78
c) Die Ablehnung einer unmittelbaren Wirkung zwischen Privaten	83
d) Zur Richtlinienumsetzung durch die Judikative	85
3. Die präzise Regelvorgabe durch Entscheidungen (Art. 249 IV EG)	87
4. Die Befassungspflicht aus Empfehlungen und Stellungnahmen (Art. 249 V EG)	89
5. Nicht-vertypete Handlungsformen der Gemeinschaftsorgane	90
C. Die Funktion spezifischer Regel- und Prinzipienkataloge	90
I. Die Ablehnung einer Qualifikation als Rechtsquelle oder Rechtserekenntnisquelle	90
II. Die Qualifikation als besondere Rechtsgewinnungsquelle	93
III. Beispiele gemeinschaftsspezifischer Regel- und Prinzipienkataloge	95
1. Die Charta der Grundrechte der EU	96
2. Die Principles of European Contract Law (PECL)	97
D. Integrationsspezifische Elemente der teleologischen Rechtsgewinnung	98
I. Der gemeinschaftsweite Gleichheitssatz	98
1. Die Herleitung des gemeinschaftsweiten Gleichheitssatzes	98
a) Die Integration in die mitgliedstaatliche Rechtsordnung	99
b) Die Wertungsgrundlagen	101
2. Der Inhalt und die Operabilität des Gleichheitssatzes	103
II. Das Prinzip integrationsbegleitender Harmonisierung zur Förderung der Vertragsziele	105

1. Die Ableitung des Prinzips integrationsbegleitender Harmonisierung	105
2. Inhalt und Grenzen	107
III. Die Einheit und Widerspruchsfreiheit der nationalen Rechtsordnung (multipolare Systembildung)	108
1. Die Störung der nationalen Systembildung im europäischen Rechtsrahmen	108
2. Die europarechtlich induzierte Überschreitung von Systemgrenzen	110
3. Die Folgen für die judikative Rechtsgewinnung	112
E. Zwischenergebnis	113
§ 5 Die verfassungsrechtliche Ausgangslage judikativer Rechtsfortbildung im integrierten Verfassungsstaat	115
A. Die Prägung der Methoden des einfachen Rechts durch das Verfassungsrecht	115
I. Die Verfassungsvorgaben für die Methoden des einfachen Rechts	115
1. Die Rückbindung an den staatlich-strukturellen Rahmen	115
a) Die normative Grundlage der Bindung an den Verfassungsrahmen	117
b) Die Herausforderung der verfassungsrechtlichen Methodenradizierung durch die europäische Integration	119
c) Zwischenergebnis	120
2. Die Präzisierung der inhaltlichen Vorgaben	120
II. Tradierte Elemente des verfassungsrechtlichen Gestaltungsrahmens	121
B. Die integrierte Staatlichkeit als neues Strukturprinzip	123
I. Die Einfügung des Art. 23 GG	123
II. Die Qualifikation als Strukturprinzip	124
1. Strukturprinzipien und Staatsziele als verfassungsrechtliche Normtypen	124
a) Wesen und Funktion verfassungsrechtlicher Strukturprinzipien	124
b) Typische Normstruktur und Wirkung verfassungsrechtlicher Staatsziele	125
2. Die Auslegung des Art. 23 I 1 GG	126
a) Das subjektiv-historische Verständnis	126
b) Die systematische Analyse der Norm	128
c) Die teleologischen Grundlagen	129
aa) Die Rückwirkung auf die Grundstruktur der Verfassung	130
(1) Die Modifikation des Demokratieprinzips	130
(2) Die Modifikation der föderalen Struktur	132
(3) Die Modifikation der Gewaltenteilung	133
(4) Zwischenergebnis	134
bb) Die Einschränkung des Grundrechtsschutzes	134
cc) Die Kompetenzrelevanz der Integration	135
dd) Die Verfassung als Konzentrat einfachen Rechts	136
d) Zwischenergebnis	137
3. Die Konkretisierungsbedürftigkeit des Strukturprinzips und die resultierende modifizierte Zuordnung verfassungsrechtlicher Strukturprinzipien	138
C. Die Gewaltenteilung im integrierten Verfassungsstaat	142

I. Die Kompetenzverschiebungen als Ausgangsbefund einer abweichenden Konkretisierung	143
1. Die Kompetenzverluste der Legislative	144
2. Der Kompetenzzuwachs der Exekutive	146
3. Zwischenergebnis	147
II. Das Gewaltenteilungsprinzip als funktionsadäquate Aufgabenzuweisung	147
1. Die Gewaltenteilung als Machtbalance	148
2. Das materielle Verständnis der Gewaltenteilung	149
3. Die Operationalisierung der aufgabenzuweisenden Gewaltenteilung	151
III. Der integrationsfeste Kern der Gewaltenteilung (Art. 79 III GG)	152
1. Art. 79 III GG als Integrationsgrenze	153
2. Der materielle Schutzgehalt des Art. 79 III GG	153
3. Der Kernbereich der Gewaltenteilung	155
a) Die Gewährleistung einer Trennung der Staatsgewalten	155
b) Die Bindung der Judikative an Gesetz und Recht (Art. 20 III GG)	156
VI. Zwischenergebnis	157
D. Das Verhältnis von europäischer und nationaler Rechtsordnung	158
I. Die Integrationskompetenz des verfassungsändernden Gesetzgebers	158
1. Die Öffnung der nationalen Rechtsordnung	158
2. Der Restanwendungsbereich des Art. 23 I 2 GG	161
II. Die Zuordnung der Rechtsordnungen	163
1. Die integrierte Verfassungsstaatlichkeit als Ausgangspunkt	163
2. Die Folgen für den Stufenbau der Rechtsordnung	164
a) Die Modifikation in der integrierten Verfassungsstaatlichkeit	164
b) Die Unterscheidung nach dem Verbindlichkeitsanspruch	166
aa) Die integrative Verbindung der Rechtsordnungen	166
bb) Die Unterscheidung zwischen Geltungs-, Anwendungs- und Beachtungsvorrang	167
E. Zwischenergebnis	169
§ 6 Die Funktionen der nationalen Judikative in der integrierten Staatlichkeit	171
A. Der Befund des Gemeinschaftsrechts: Die Judikative als Teil der nationalen Hoheitsgewalt	171
I. Die Beachtung, Durchsetzung und Umsetzung des Gemeinschaftsrechts durch die nationale Judikative	171
1. Die Bindung der Judikative an Rechts(setzungs)pflichten und die Umsetzung des Gemeinschaftsrechts	172
2. Die Beschränkung auf den Umfang nationaler Organzuständigkeit	174
II. Die mitgliedstaatliche Vertragsverletzung	177
1. Die Judikative als handelndes Organ	177
2. Die Staatshaftung bei einer judikativen Verletzung des Gemeinschaftsrechts	178
III. Zwischenergebnis	179
B. Die Reichweite der funktionalen und kompetenziellen Zuweisung der Rechtsgewinnung an die nationale Judikative	179
I. Die tradierte Funktion und die Eigenart der Judikative	180
1. Der materielle Begriff der Rechtsprechung im Grundgesetz	180

2. Die Eigenart der Rechtsprechung im Verfassungsgefüge	181
3. Die Zuordnung der Judikative zur Legislative	182
II. Die Erweiterung des Aufgabenkreises der nationalen Judikative	183
1. Die überkommenen Aufgaben der Judikative	183
2. Die spezifischen Aufgaben der Judikative in der integrierten Staatlichkeit	186
a) Die funktionale Ergänzung der Gemeinschaftsgerichte	186
b) Die Gewährleistung eines effektiven und einheitlichen Vollzugs des Gemeinschaftsrechts	187
c) Die Integration gemeinschaftsrechtlicher Einwirkungen (vertikale Harmonisierung)	188
d) Die Abstimmung mit autonom-nationalen Regelungsbereichen (interne Harmonisierung)	189
e) Die Ablehnung einer horizontalen Harmonisierung der Rechtsordnungen	190
III. Die Grundlagen einer Neuordnung der Gewalten im europäischen Bezugsrahmen	191
1. Besondere Konkretisierungsaspekte	191
a) Die Bindung der Judikative an das Gesetz als Bindung an die Gesamtrechtsordnung	191
b) Die judikative Nichtanwendungskompetenz	193
c) Die Reduktion legislativer Vorrangstellung durch plurale politisch-lenkende Gestaltung	194
d) Die begrenzte Funktionsüberschneidung von nationaler Judikative und Legislative	196
e) Die strukturbedingte Alterung nationaler Gesetze	198
f) Das Vertragsverletzungsverfahren (Art. 226 EG) und die Staatshaftung	199
g) Zwischenergebnis	199
2. Die Operationalisierung des Gewaltenteilungsprinzips – funktionale Aspekte judikativer Rechtsgewinnung	200
a) Die spezifischen Vorteile judikativer Rechtsgewinnung	201
aa) Die Umsetzung des heteronomen Normsetzungsimpulses	201
bb) Die Erkenntnis- und Kapazitätsgrenzen der Legislative	202
cc) Die Inadäquanz legislativ-punktuellem Anpassung nationalen Rechts und die Trägheit des Normsetzungsverfahrens	202
dd) Die teleologische Präzision judikativer Rechtsgewinnung	205
ee) Der zweistufige Prozess der Rechtsanpassung in der integrierten Staatlichkeit	205
b) Die spezifischen Vorteile legislativer Rechtssetzung	206
aa) Die Prärogative legislativer politisch-gestaltender Entscheidung	206
bb) Die breitere Tatsachengrundlage	207
cc) Die Bewertung und Steuerung der Rechtsetzungsfolgen	208
dd) Die Dispositionsbefugnis über das Rechtssystem	209
ee) Die größere Rechtssicherheit legislativer Normsetzung	210
3. Zwischenergebnis	211

IV. Zwischenergebnis: Die Ausweitung judikativer Rechtsgewinnung in der integrierten Staatlichkeit	212
1. Die Neuordnung der Verfassungsprinzipien als Grundlage	212
2. Die Grenzen der judikativen Rechtsgewinnung	214
Dritter Teil. Voraussetzungen und Grenzen der Rechtsfortbildung in der integrierten Staatlichkeit	217
§ 7 Heteronome Regelungsdefizite im nationalen Recht	217
A. Die Präzisierung des Lückenbegriffs	217
I. Der Begriff der planwidrigen Regelungslücke	217
II. Die Determinanten in der integrierten Staatlichkeit	218
1. Die Auslösung und Feststellung eines Regelungsdefizits	218
2. Die Relevanz der Verfassung für die Fortbildungskompetenz der Judikative	218
3. Die besondere Legitimation (nur) der punktuell-konkreten Rechtsfortbildung	219
4. Die besonderen Anforderungen an die Derogation einer konkreten gesetzgeberischen Entscheidung	220
B. Die Funktionalität des Lückenbegriffs in der integrierten Staatlichkeit	221
I. Die Präzisierung des Bezugspunktes des Regelungsdefizits	221
1. Die Ungeeignetheit des „Regelungsplanes“ als Maßstab	221
2. Die Gesamtrechtsordnung als Maßstab	224
II. Die normative Grundlage für die Harmonisierung der Gesamtrechtsordnung	225
1. Unzureichende Begründungsansätze in der integrierten Staatlichkeit	226
2. Die Ableitung der Einheit und Folgerichtigkeit der Rechtsordnung aus der Rechtsidee	228
a) Die normative Grundlage	228
b) Der Bezugsrahmen der Systembildung	229
3. Zwischenergebnis	230
C. Die Anwendung der Lückenarten in der integrierten Staatlichkeit	231
§ 8 Kategorien der Rechtsfortbildung in der integrierten Staatlichkeit	233
A. Die gemeinschaftsrechtskonforme Rechtsfortbildung	233
I. Die Wirkungen von Rechts(setzungs)pfllichten	233
1. Die Feststellung der systemwidrigen Regelungslücke	234
2. Die pflichteninduzierte Fortbildung des nationalen Rechts	235
a) Die Vorrangregel innerhalb der Elemente der Rechtsgewinnung ..	237
b) Einzelanalogie und Gesamtanalogie	239
c) Die gemeinschaftsrechtskonforme Reduktion nationaler Normen ..	241
d) Die Extension nationaler Normen	243
e) Der Rückgriff auf Prinzipien und Wertungen	244
f) Der unmittelbare Rückgriff auf das Gemeinschaftsrecht	246
3. Die Folgen für die pflichtenunabhängig ausgelöste Rechtsfortbildung	247
4. Die Prüfungs- und Begründungspflicht der Judikative	248
5. Ergänzende nationale Rechtsfortbildung	249

II. Die Anwendungsfälle der gemeinschaftsrechtskonformen Rechtsfortbildung	250
1. Die Bindung an Gemeinschaftsgrundrechte	250
a) Die Durchführung von Gemeinschaftsrecht	250
aa) Das gemeinschaftsrechtlich geringere Schutzniveau	250
bb) Das gemeinschaftsrechtlich höhere Schutzniveau	252
b) Die Rechtsgewinnung „im Anwendungsbereich des Gemeinschaftsrechts“	253
2. Die aus Art. 10 EG konkretisierten Pflichten	254
3. Die Pflicht zur Gleichstellung öffentlicher Unternehmen i.S.d. Art. 86 I EG	254
4. Die mittelbare Drittwirkung der Grundfreiheiten	254
5. Die Rechtssetzungspflicht aus Richtlinien	255
a) Der Zeitraum bis zum Ablauf der Umsetzungsfrist	256
aa) Die Maßgeblichkeit der überkommenen Kriterien der Rechtsfortbildung	256
bb) Der Sonderfall der weit überwiegend wahrscheinlichen Nichteinhaltung der Umsetzungsfrist	258
cc) Die Umsetzung durch den nationalen Gesetzgeber vor Ablauf der Umsetzungsfrist	259
b) Der Zeitraum nach dem Ablauf der Umsetzungsfrist	261
aa) Die unterbliebene legislative Umsetzung der Richtlinie	261
(1) Die richtlinieninduzierte Fortbildung nationalen Rechts ..	261
(2) Die Folgen für die nicht-richtlinieninduzierte Fortbildung	263
bb) Die unvollständige legislative Umsetzung der Richtlinie	264
(1) Die richtlinieninduzierte Fortbildung	264
(2) Die Folgen für die nicht-richtlinieninduzierte Fortbildung	266
6. Die Rechtssetzungspflicht aus Entscheidungen	267
B. Die deklaratorische Adaption nationalen Rechts	267
I. Die Durchsetzung unmittelbar anwendbaren Gemeinschaftsrechts	267
1. Die Voraussetzungen der deklaratorischen Adaption	267
2. Die Charakteristika und die materiellen Grundlagen der deklaratorischen Adaption	268
3. Die Verortung im nationalen Rechtsgewinnungsprozess	270
4. Die methodologischen Instrumente	271
5. Die judikative Begründungspflicht	271
6. Die ergänzende (konstitutive) Rechtsfortbildung	272
II. Die Anwendungsfälle der deklaratorischen Adaption	273
1. Das horizontal unmittelbar anwendbare Primärrecht	273
2. Das vertikal unmittelbar anwendbare Primärrecht	274
a) Die allgemeine Reichweite	274
b) Die Erstreckung auf das Rechtsverhältnis zwischen Bürgern und öffentlichen Unternehmen i.S.v. Art. 86 I EG	277
3. Die Einwirkung von Verordnungen	277
4. Die unmittelbare Anwendbarkeit von Normen aus Richtlinien und Entscheidungen	277
5. Der Verstoß gegen Anzeigepflichten in Richtlinien	279
III. Abzulehnende weitere Konzeptionen	279

C. Die gemeinschaftsrechtsorientierte Rechtsgewinnung	280
I. Die Verortung im Prozess der Rechtsgewinnung	280
1. Der Kanon besonderer Rechtsgewinnungsquellen	280
2. Die Ergänzung der Rechtsgewinnung um Aspekte besonderer Ge- wichtigkeit	281
3. Die begrenzte Einschlägigkeit der materiellen Kriterien der Rechts- gewinnung	282
4. Die judikative Prüfungs- und Begründungspflicht	282
II. Die Anwendungsfälle der gemeinschaftsrechtsorientierten Rechtsge- winnung	283
1. Stellungnahmen und Empfehlungen der Gemeinschaftsorgane (Art. 249 V EG)	283
2. Nicht-vertyppte Handlungsformen der Gemeinschaftsorgane	283
3. Spezifische Regel- und Prinzipienkataloge	284
D. Die gemeinschaftsbezogene Rechtsgewinnung	285
I. Allgemeine Grundsätze	285
II. Die überschießende Umsetzung von Richtlinien als Anwendungsfall ..	287
§ 9 Die Grenzen der Rechtsfortbildung in der integrierten Staatlichkeit	289
A. Die überkommenen nationalen (verfassungsrechtlichen) Grenzen der Rechtsfortbildung	289
I. Die Rechtsprechung des BVerfG	289
II. Die Ansichten in der Literatur	290
B. Die Grenzen der deklaratorischen Adaption	292
I. Die Grenzen aus dem Gemeinschaftsrecht	292
1. Der Vertrauensschutz als Bestandteil der Allgemeinen Rechtsgrund- sätze	292
2. Die Folgen für die nationale Rechtsgewinnung	294
II. Die Grenzen aus der nationalen Rechtsordnung	296
1. Die Grenzen aus der Verfassungsordnung	296
2. Die funktionalen Grenzen der methodologischen Instrumente	297
III. Zwischenergebnis	300
C. Die Grenzen der gemeinschaftsrechtskonformen Rechtsfortbildung	300
I. Die Grenzen aus dem Gemeinschaftsrecht	301
1. Der Vertrauensschutz als Bestandteil der Allgemeinen Rechtsgrund- sätze	301
a) Die Übertragung des Vertrauensschutzes auf Rechts(setzungs)- pflichten und horizontale Konstellationen	302
b) Die Eigenständigkeit der nationalen Rechtsgewinnung	304
2. Die Ablehnung einer Rückbindung der Umsetzungspflicht an die nationale Rechtsordnung	306
3. Die mangelnde Sperrwirkung der Ablehnung horizontaler Direkt- wirkung	307
II. Die Grenzen aus der nationalen Rechtsordnung	309
1. Die materiellen Grundlagen der Grenzen in der integrierten Staat- lichkeit	309
a) Die abweichende Zuordnung der verfassungsrechtlichen Struk- turprinzipien	309

aa)	Das Demokratieprinzip und die Gewaltenteilung	310
bb)	Vertrauensschutz und Rechtssicherheit als Elemente des Rechtsstaatsprinzips	310
b)	Die Zuordnung der Gewalten	312
aa)	Die Umsetzung und Durchsetzung höherrangiger, legislativer Wert- und Zweckvorstellungen	312
bb)	Die Integration der europarechtlichen Wertungsentscheidung in das System der Gesamtrechtsordnung	313
c)	Die Funktion des zutreffenden Verständnisses des Gemeinschaftsrechts	314
2.	Abzulehnende Grenzen der gemeinschaftsrechtskonformen Rechtsfortbildung	317
a)	Der Wortlaut der nationalen Norm als solcher	317
b)	Der (erkannte) Wille des historischen nationalen Gesetzgebers	319
c)	Der vollständige Funktionsverlust nationaler Normen	321
d)	Die tradierte Konkretisierung von Verfassungsinhalten	323
3.	Die resultierenden Grenzen der gemeinschaftsrechtskonformen Rechtsfortbildung	324
a)	Die gewaltenteiligen Grenzen	325
aa)	Die (weiterhin) aktuelle Wertungsentscheidung des Gesetzgebers	326
(1)	Die Wertungsentscheidung des Gesetzgebers	328
(2)	Die fortbestehende Aktualität der gesetzgeberischen Wertungsentscheidung	329
bb)	Die (weiterhin) aktuelle gesetzgeberische Ablehnung einer Umsetzung oder Durchsetzung	331
cc)	Die begrenzte Sperrwirkung bevorstehender nationaler Gesetze	334
b)	Die funktionalen Grenzen	334
aa)	Die gemeinschaftsrechtskonforme Reduktion	335
bb)	Die Einzel- und Gesamtanalogie	335
cc)	Die Extension der nationalen Norm	337
dd)	Der Rückgriff auf Prinzipien und Wertungen	338
c)	Die strukturellen Grenzen	340
aa)	Die Reichweite der Regelungsdivergenz	340
bb)	Das geltende Gemeinschaftsrecht und die verfassungsrechtlichen (Integrations-)Grenzen	340
cc)	Die Unzulässigkeit einer Revision fundamentaler Strukturkonstanten	341
dd)	Die Unzulässigkeit rechtspolitischer Gestaltung durch die Judikative	343
III.	Zwischenergebnis	344
D.	Die Grenzen der gemeinschaftsrechtsorientierten Rechtsgewinnung	344
I.	Die Grenzen aus dem Gemeinschaftsrecht	345
1.	Der einheitliche Tatbestand des Vertrauensschutzes im Gemeinschaftsrecht	345
2.	Die Folgen für die nationale Rechtsgewinnung	346
II.	Die Grenzen aus der nationalen Rechtsordnung	347

1. Die besonderen Konkretisierungsaspekte und die funktionalen Aspekte der Rechtsgewinnung	347
2. Die tradierten Grenzen der Rechtsfortbildung	348
a) Die Ablehnung einer Verschiebung der tradierten Grenzen	348
b) Die Aktualität der gesetzgeberischen Wertungsentscheidung	349
III. Zwischenergebnis	350
E. Die Grenzen der gemeinschaftsbezogenen Rechtsgewinnung	350
I. Die Grenzen aus dem Gemeinschaftsrecht	350
II. Die Grenzen aus der nationalen Rechtsordnung	351
1. Die besonderen Konkretisierungsaspekte	351
2. Die tradierten Grenzen der Rechtsfortbildung	352
III. Zwischenergebnis	353
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	355
Anhang: Verzeichnis der abgekürzt zitierten Rechtsakte	369
Literaturverzeichnis	373
Sachregister	399